

Tagesordnung I Punkt 13 der öffentlichen Sitzung am 20. September 2007

Antrags-Nr. 07-F-25-0079

Familienfreundliches Wiesbaden II - Familienfreundliche Behörden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 20.06.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Familienfreundlichkeit in öffentlichen Einrichtungen nutzt Besucherinnen und Besuchern dieser Institutionen und ist für die Kommune ein Imagegewinn.

Familienfreundliche öffentliche Einrichtungen mit einer familienbewussten Personal-Politik werden auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen. Eine familienfreundliche Personalpolitik in Form von flexibler Arbeitszeitgestaltung, familienbewusstem Verhalten von Führungskräften und aktiver Unterstützung familienorientierter Vereinbarungen lohnt sich auch für die Kommune als Arbeitgeber. Erhöhte Motivation und Einsatzbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zu erwarten.

Der Magistrat wird beauftragt darzulegen, welche öffentlichen Einrichtungen in der Stadt Wiesbaden für Besucherinnen und Besucher mit Kindern und / oder pflegebedürftigen Angehörigen bereits als familienfreundlich bezeichnet werden können.

Der Magistrat wird weiterhin beauftragt darzulegen, welche verbindlichen Fördermaßnahmen in Sachen "Familienfreundlichkeit" zukünftig unternommen werden müssen. Hierbei soll zusätzlich der finanzielle Aufwand und der Zeitplan für entsprechende familienfreundliche Maßnahmen benannt werden. Die in Betracht kommenden familienfreundlichen Maßnahmen sind konkret zu bezeichnen.

Der Magistrat wird beauftragt, alle für eine Zertifizierung der öffentlichen Einrichtungen Wiesbadens durch das Audit berufundfamilie der gemeinnützigen berufundfamilie GmbH - einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung - erforderlichen Maßnahmen - und zwar aufgeschlüsselt nach den acht Handlungsfeldern des Audits berufundfamilie der gemeinnützigen berufundfamilie GmbH "Arbeitszeit", "Arbeitsorganisation", "Arbeitsort", "Informations- und Kommunikationspolitik", "Führungskompetenz", "Personalentwicklung", "Entgeltbestandteile und geldwerte Leistungen" und "Service für Familien" - zu veranlassen.

Der Bericht des Magistrats wird im September dieses Jahres erwartet.

Beschluss Nr. 0450

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 20.06.2007 betr.

Familienfreundliches Wiesbaden II - Familienfreundliche Behörden

wird einschließlich der Änderungsanträge von SPD und Linke Liste zur Beratung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15.11.2007 vorgesehen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2007

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .10.2007

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister